

Nullrunden? - Für wen?

Ein Kommentar von Wolfgang Fischer

Resigniert seufzen die Rentner und Pensionisten angesichts der Nachrichtenmeldungen, dass es auch nächstes Jahr wieder eine Nullrunde für sie geben wird. Sie seufzen, denn in Wirklichkeit wird es ja eine Minusrunde sein, weil neben den Lebenshaltungskosten auch die Sonderzahlungen für Gesundheit und Krankheit und vieles mehr steigen werden. Auch viele andere Menschen haben resigniert - ersichtlich auch an den sinkenden Wahlbeteiligungen - weil sie einfach nicht verstehen können, dass beispielsweise mehrstellige Milliardenbeträge für Rüstung und Zinstransfers bereitstehen, während ihr Zahnersatz und ihre Brille nicht mehr finanzierbar seien und alle sozialen und kulturellen Bereiche unter Kürzungen zu leiden haben. Ja, es stimmt, der Kuchen wächst nicht mehr und so bleibt halt für den Einzelnen weniger. Das erscheint verständlich. Doch stimmt das denn so?

So wahr und eigentlich normal und natürlich es ist, dass der Kuchen nicht mehr wächst - wohin soll er denn auch noch wachsen im endlichen Raum unserer Welt? - so fragwürdig ist die Schlussfolgerung, es bliebe für alle weniger. Das stimmt nun eindeutig nicht, wird aber zumeist nicht an die große Glocke gehängt.

Bevor nämlich der Kuchen an die Allgemeinheit verteilt wird, schneiden sich ganz im Stillen die Eigentümer von Kapital ihre Anteile ab. Und diese Anteile werden auch in Zeiten gleichbleibender Kuchengröße aufgrund der Dynamik des Zinseszinses immer größer. Dadurch entsteht ein Geld-Sog von all denen die arbeiten und wenig besitzen hin zu denen, die ihr vieles Geld für sich arbeiten lassen. Eine Schere tut sich auf zwischen der wachsenden Zahl der Habenichtse und dem ins Uferlose wachsenden Vermögen Weniger. Dass dieser quasi automatisierte Geldstrom hin zu den großen Vermögen gegen das Wohl der Allgemeinheit gerichtet ist, stört die Hüter des Gemeinwesens bislang nicht, obwohl dies eindeutig grundgesetzwidrig ist (Art. 14, Abs.2). Das ist ein ausgemachter Skandal, der durch den Druck der völlig undemokratisch gewachsenen Instrumente des Welthandels noch verschärft wird: „sollten die (neoliberalen) Reformen (in der BRD) scheitern, so würde die Krise in Deutschland noch schärfer“ - warnt bedrohlich eine Verlautbarung des IWF (Internationaler Währungsfond) vom 4.11.03.

„Zinszahlungen an die Halter von Staatsanleihen sind tabu. Nicht aber die Sozialausgaben und die Einnahmen aus Steuern und Abgaben auf Löhne und Gehälter.“ (Zitat: Elmar Altvater, Die Gläubiger entmachten, Bei uns Rürup und Herzog, im Süden die IWF-Programme, „Freitag“ Nr.44). Die Zinszahlungen sind auch angesichts des immer breiter werdenden Sozialabbaus tabu, darüber wird gar nicht gesprochen und die wenigsten Menschen ahnen von den Dimensionen, um die es hier geht.

Für die vergangenen Zeiten des Wachstums des Bruttosozialprodukts hat Helmut Creutz (siehe nachfolgender Beitrag) bereits nachgewiesen, dass auch damals schon die Verteilung asymmetrisch zugunsten des Kapitals verlief. Solange noch verteilt wurde, fiel diese strukturell bedingte Ungerechtigkeit nicht weiter auf. Heute aber, wo es allenthalben heißt: „den Gürtel enger schnallen!“ darf die strukturell bedingte Ungerechtigkeit unseres Geld- und Wirtschaftssystems, die auch in Zeiten des Sozialabbaus die Vermögen weiter mästet, von den Redlichen nicht länger verschwiegen und hingegenommen werden.

Deflation - ein Gespenst geht um!

Wachstum, Wachstum..... - Wachstum über alles?

Helmut Creutz

Man wagt es kaum beim Namen zu nennen! Selbst Notenbanker reden vom „D-Wort“ oder „Unwort“, um es möglichst nicht auszusprechen. Dennoch taucht es immer wieder und zunehmend häufiger auf, oft nur blitzartig, wie ein Gespenst in der Geisterbahn. - Was hat es damit auf sich?

Von „Inflation“ spricht man bekanntlich, wenn zuviel Geld in Umlauf ist und als Folge die Preise steigen, von „Deflation“, wenn umgekehrt zu wenig Geld umläuft und als Folge die Preise fallen. Während der Begriff „Inflation“ seit Jahrzehnten zu unserem täglichen Vokabular gehört, ist die „Deflation“ den meisten kaum geläufig. Selbst in den Lehrbüchern wird sie überwiegend als eine längst besiegte Horrorerscheinung aus vergangenen Zeiten abgehandelt.

Geht man dieser Spur genauer nach, dann stellt sich heraus, dass ganze Staaten und Kulturen in Deflationen versunken sind. Ganz einfach deshalb, weil die Menge des Geldes bis vor knapp hundert Jahren noch an Gold und Silber gebunden war. Denn genauso wie Länder und Volkswirtschaften durch neue Edelmetallfunde und die damit möglichen Geldmengen-Ausweitungen aufblühten, so brachen sie zusammen, wenn das Geld in Truhen verschatzt, in Krü-

gen vergraben oder von den Reichen für Schmuck und Geschirr eingeschmolzen wurde. Kein Wunder, dass Gold und Silber damals der häufigste Anlass für kriegerische Eroberungen waren.

Die letzte große Deflation in neuerer Zeit erlebte die Welt um 1930.

Die letzte große Deflation in neuerer Zeit erlebte die Welt um 1930. Dafür waren nicht nur der Schwarze Freitag an den Börsen in den USA verantwortlich und die anschließenden Bankenpleiten, sondern vor allem auch die damalige Bindung der Geldmenge an das Gold. Besonders dramatisch wirkte sich diese Bindung in Deutschland aus, wo das herausgegebene Papiergeld, gesetzlich festgeschrieben, zu 40 Prozent durch Gold und Devisen gedeckt sein musste. Als dann die US-Banken, aufgrund der eigenen Schwierigkeiten, kurzfristig erteilte Kredite vom deutschen Staat zurückforderten, passte der damalige Reichsbankpräsident Luther auch die Geldmenge der reduzierten Deckung an. Insgesamt wurde so der Notenumlauf bis Ende 1932 um 30 Prozent verringert, und der Diskontzins stieg bis auf 20 Prozent. Die Reichsregierung unter

dem Kanzler Brüning tat noch ein übriges, indem sie die Beamtengehälter in einer Notverordnung reduzierte. Damit ging der durch Geldmangel gestörte Nachfragekreislauf noch mehr in die Knie. Die Preise brachen ein, und die Arbeitslosigkeit schnellte auf mehr als sechs Millionen hoch, fast 20 Prozent der Erwerbstätigen!

Man hatte zwar acht Jahre zuvor in der großen Inflation unter Schmerzen gelernt, dass Geldmengenausweitungen vermieden werden müssen, leider aber nicht begriffen, dass im umgekehrten Fall auch umgekehrte Maßnahmen erforderlich sind. Das heißt, in Deflationszeiten sind Geldmengenausweitungen angesagt, selbst wenn man dabei die Deckungsvorschriften übertritt. Die Folge der falschen Entscheidungen Anfang der 30er Jahre war darum ein Wirtschaftseinbruch, der mit einer für uns heute unvorstellbaren Not verbunden war. Ohne diese Not- und Hungerzeit und die daraus folgenden politischen Entwicklungen wäre die Geschichte ganz gewiss anders geschrieben worden. So klagte die Gewerkschaftszeitung „Metall“ im Jahre 1953 rückblickend zu Recht:

«Zweimal wurde das soziale Gefüge des deutschen Volkes in den Grundfesten erschüttert: während der großen Inflation des Jahres 1923 und nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929. Ohne diese Katastrophen wäre der Nationalsozialismus niemals eine Macht geworden.»

Wie ist das heute mit der Deflation?

Die Anbindung des Geldes an irgendwelche Goldvorräte ist heute weltweit überwunden. Selbst die Schweizerische Nationalbank, die sich vor wenigen Jahrzehnten noch einer völligen Golddeckung ihrer Währung rühmte (und sich gegen eine freiwirtschaftliche Initiative zur Aufhebung dieser Bindung vehement verwehrte), plant inzwischen den Verkauf ihrer Schätze. Das heißt, eine klassische Deflation, die auf einem Gold- und damit Geldmangel beruht, ist in unserer heutigen Papiergeld- und E-Cashzeit im Grunde gar nicht mehr möglich - es sei denn, eine Notenbank würde die Geldausgabe reduzieren. Was uns aber auch heute noch drohen kann, ist nicht ein Mangel an Geld, sondern sein unzulänglicher Einsatz, der zu einer fallenden Geldumlaufgeschwindigkeit führt. Also ein Mangel an Nachfrage bezogen auf das Angebot der Märkte, der zwangsläufig ebenfalls ein Absinken der Preise bewirkt.

Deflationen in unseren Tagen sind also nicht mehr Folge ungenügender Geldversorgung oder Geldverknappung durch die Notenbanken, sondern Folge unzureichender Nutzung des Geldes durch die privaten und öffentlichen Haushalte, also die Folge von Kaufkraftblockaden trotz genügender Geldversorgung. Jede Unterbrechung des Geldkreislaufs aber hat liegenbleibende Waren zur Folge; dies führt zu reduzierten Nachbestellungen und Produktionsrückgang und damit, bei ungekürzten Arbeitszeiten, zwangsläufig zu Arbeitslosigkeit. Während es also zu Inflationen nur bei Geldvermehrungen durch die Notenbanken kommt, können Deflationen-entwicklungen auch an den Notenbanken vorbei und bei ausreichend vorhandenen Geldbeständen einsetzen, nämlich dann, wenn die Kaufbereitschaft der Bevölkerung zurückgeht. Was wir heute „Deflation“ nennen, kann also - genau betrachtet - eine ganz natürliche Entwicklung aufgrund zunehmender Sättigungen sein! Die Notenbanken können dann nur noch versuchen, Nachfrage und Kreditaufnahme durch Absenkung der sogenannten Leitzinsen zu stimulieren, wie das besonders in den USA in den letzten Jahren geschehen ist. Ein anderes Mittel ist, durch höhere Staatsverschuldungen und die Vergabe öffentlicher Aufträge die Wirtschaft zu beleben.

Beispiel: die Wirtschaftslähmung in Japan

Eine von der Verbraucherseite ausgelöste Deflationsentwicklung erleben wir seit rund zehn Jahren in Japan. Ausgelöst wurde sie, ähnlich wie die Rezession Ende der 20er Jahre, durch einen großen Börsencrash, der in Japan bereits Ende der 80er Jahre abließ. Diesem Crash an der Börse folgte eine Flucht des Geldes in die Bodenwerte mit extrem in die Höhe getriebenen spekulativen Grund-

stückspreisen. In den Spitzenlagen Tokios stiegen die Quadratmeterpreise bis auf völlig irrealerhorrende Werte; der Garten des Kaiserpalastes war damals rechnerisch mehr wert als der Boden ganz Kaliforniens!

Als dann nach rund zwei Jahren dieser Spekulationsexzess ebenfalls zusammenbrach und die Beleihungsgrenzen wieder sanken, kamen auch die Banken in Schwierigkeiten, die aufgrund der gestiegenen Grundstückspreise zu hohe Kredite an Eigentümer und Erwerber ausgegeben hatten.

Durch staatliche Unterstützungen und erlaubte Buchungstricks wurde zwar die Mehrzahl der Banken bis heute vor der Pleite bewahrt, aber das Gros der Bürger zog aus all dem die Konsequenz, sparsamer als bisher zu leben und vorsichtiger mit Geld umzugehen. Da aufgrund der Kaufzurückhaltungen die Preise fielen und damit die Kaufkraft des Geldes stieg, wurde diese Kauf- und Geldzurückhaltung auch noch belohnt. Damit verstärkten sich Zurückhaltung und Preisverfall, und eine konjunkturelle Abwärtsspirale setzte ein, die nur schwer aufzuhalten ist.

Da mit dieser deflationären Entwicklung auch die Bankzinsen fielen, lohnte es sich auch immer weniger, gespartes Geld zur Bank zu tragen. Dieser Trend zur Geldhortung in den eigenen vier Wänden wurde durch das Wissen über die kritische Situation der Banken noch verstärkt. Und da man für die Geldhaltung zu Hause zweckmäßigerweise über einen Safe verfügen sollte, war die Treasor-Produktion in Japan zeitweise der am stärksten boomende Industriezweig.

Verständlicherweise versuchte der Staat mit allen Mitteln, diese konjunkturgefährdende Kaufzurückhaltung zu durchbrechen und das Wachstum der Wirtschaft zu beleben. Das geschah vor allem durch immer höhere schuldenfinanzierte Ausgaben, die in den letzten zwölf Jahren die Staatsverschuldung von 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf sage und schreibe 160 Prozent verdoppelten (was das heißt, wird deutlich, wenn man diese Marke mit den erlaubten 60 Prozent im Euro-Raum vergleicht!). Aber auch diese staatlich finanzierten Konjunkturmaßnahmen konnten die Lähmung des Wirtschaftsgeschehens nicht stoppen. Vielmehr verschwand auch das zusätzlich vom Staat in Umlauf gesetzte Geld sehr schnell wieder in den Tresoren der Privathaushalte. Selbst der verzweifelte Versuch des Staates, die Wirtschaft mit terminierten und an die Bürger verschenkten Kaufgutscheinen in Schwung zu bringen, ging weitgehend ins Leere. Zwar wurden alle Gutscheine vor dem Verfallstermin eingelöst, aber der damit ausgelöste Nachfrageschub entsprach nur einem Drittel ihres Nennwertes. Mit der übri- gen Kaufkraft erhöhten die Bürger nur wieder ihre Bargeldhaltungen!

Ein wesentlicher Grund für die bislang noch begrenzten negativen Folgen der japanischen Misere sind zweifellos die niedrigen Zinsen. Denn damit sinken nicht nur die Schuldenlasten, sondern tendenziell auch die Zinsanteile in den Preisen. Zwar gehen mit diesen sinkenden Zinssätzen auch die Zinserträge der privaten Haushalte zurück, aber davon sind, netto gerechnet, nur die reichen Minderheiten betroffen. Die breite Bevölkerungsmehrheit zieht dagegen aus diesem Rückgang der Zinsbelastung einen Nutzen. Und natürlich der Staat, der trotz höchster Verschuldung derzeit nur relativ geringe Zinszahlungen aus seinen Einnahmen aufzubringen hat. Umgekehrt wird aber auch deutlich, in welche Schwierigkeiten die japanische Wirtschaft geraten könnte, wenn die Zinsen wieder auf eine „normale“ Höhe ansteigen. Das gilt vor allem für den Staat, der heute, bei niedrigen Zinsen, mit seinen hohen Schulden halbwegs geordnet leben kann.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus den japanischen Erfahrungen?

Dass sich in Europa und vor allem in den USA inzwischen ähnliche Entwicklungen abzeichnen wie in Japan, gilt nicht nur für den um zehn Jahre verspäteten Börsencrash oder die zunehmenden Preissenkungen und Sonderrabatte im Handel. Auch der Trend sinkender Zinssätze zeichnet sich in fast allen westlichen Industrienationen ab. Mit dieser Entwicklung nähert sich der Zins jedoch jener

kritischen Grenze, an der es zu verstärkten Geldzurückhaltungen und damit deflationären Tendenzen kommt. Dabei sind sinkende Zinssätze und Preise als Folge einer zunehmenden Sättigung eigentlich eine natürliche und letztlich wünschenswerte Entwicklung. Ebenfalls ist es ganz normal, dass unter diesen Gegebenheiten auch das Wirtschaftswachstum nachlässt und damit auch die Bereitschaft zu Investitionen und zu Kreditaufnahmen.

Doch statt diese Entwicklung zu akzeptieren, ruft alle Welt nur nach Wachstum. Dabei weiß letzten Endes jeder Mensch, dass es in begrenzten Räumen niemals grenzenloses Wachstum geben kann. Kein Baum wächst darum in den Himmel und kein Mensch über das 20. Lebensjahr hinaus.

Jeder weiß auch, dass man bei gleichbleibender Leistung und gleichbleibendem Einkommen niemals ärmer wird, sondern sogar seine materiellen langlebigen Güter weiterhin vermehren kann. Warum sind aber nicht nur die Deflation, sondern auch eine stabilisierte Wirtschaftsleistung auf gleichbleibendem Niveau weitgehend ein Schreckgespenst?

Warum werden Politikern die Knie weich, wenn die Wachstumsraten gegen Null zu sinken drohen? Warum rufen Gewerkschaften und Unternehmerverbände unisono nach Wirtschaftswachstum und warum wagen selbst die Grünen kaum noch auf die damit verbundenen Umweltfolgen hinzuweisen?

Eine Antwort auf diese Fragen und ebenso auf jene nach den deflationären Gefahren ergibt sich aus den Mechanismen der bei uns ablaufenden Verteilungen der Einkommen:

Die Modalitäten der Einkommensverteilung

Bekanntlich wird das Sozialprodukt bzw. Volkseinkommen in jedem Jahr zwischen Kapital und Arbeit aufgeteilt. Der Staat greift wiederum auf diese Einkommen zurück, beim Kapital bekanntlich mit nachlassendem Erfolg, bei der Arbeit um so gründlicher. Die Natur, die Grundlage allen Wirtschaftens und Wohlstands, wird dagegen immer noch als kostenlose Quelle betrachtet und geht weder in die Kalkulationen noch in die Verteilungsrechnungen ein. Wächst nun die Wirtschaftsleistung und damit das Volkseinkommen zum Beispiel um zwei Prozent, dann können auch die Kapital- und Arbeitseinkommen und damit wiederum die Staatseinkommen um zwei Prozent zunehmen, ohne dass es zu irgendwelchen Schwierigkeiten kommt. Verlangt aber eine der Beziehergruppen mehr als jene zusätzlich erwirtschafteten zwei Prozent, dann müssen sich die anderen zwangsläufig mit weniger zufrieden geben.

Überprüfen wir vor diesem Hintergrund die tatsächlichen Leistungs- und Verteilungsentwicklungen in Deutschland, und zwar bezogen auf die wichtigsten Größen, dann ergeben sich langfristig betrachtet folgende Relationen:

	1950	2000	Anstieg 1950-2000
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	98	3976	x 41
Bruttolöhne und -gehälter	40	1716	x 43
Nettolöhne und -gehälter	35	1121	x 31
Steuereinnahmen:	23	913	x 42
Zum Vergleich:			
Geldvermögen:	59	11935	x 202
Zinserträge der Banken:	3	724	x 241

Vergleicht man die Anstiegsquoten in Tabelle A, dann fällt auf, dass diese bei den vier realwirtschaftlichen Größen relativ ähnlich sind, lediglich die Lohn-Nettogröße liegt deutlich darunter. Völlig aus dem Rahmen aber fallen die fast explosiven Anstiegsquoten der beiden monetären Vergleichsgrößen, wobei die Zinserträge der Banken in etwa mit der Schuldenzinsbelastung in unserer Volkswirtschaft gleichzusetzen sind. Während diese Bankzinsträge 1950 mit drei Milliarden DM und drei Prozent des BIP noch ziem-

lich belanglos waren, hatten sie im Jahr 2000 mit 724 Mrd DM bereits 18 Prozent des BIP erreicht, gemessen am Volkseinkommen sogar 25 Prozent!

Diese Wiedergabe der statistisch ausgewiesenen Gesamtgrößen berücksichtigt jedoch nicht, dass die Bevölkerung in Deutschland in den 50 Jahren von 47 auf 82 Millionen auf das 1,7-fache angestiegen ist, die Anzahl der Arbeitnehmer von 14 auf 35 Millionen und damit auf das 2,7-fache. Die wirklichen Entwicklungsrelationen werden darum erst deutlich, wenn man die Milliardenbeträge auf die Einwohner bzw. Arbeitnehmer umrechnet:

	1950	2000	Anstieg 1950-2000
BIP je Einwohner	2085	48488	x 23
Bruttolohn je Arbeitnehmer	2918	50740	x 17
Nettolohn je Arbeitnehmer	2500	31460	x 13
Steuerzahlungen je Einw.	490	11861	x 24
Zum Vergleich:			
Geldvermögen je Einwohner:	1255	145550	x 116
Bankzinsträge je Einw.:	64	8829	x 138

Wie aus Tabelle B zu entnehmen, sind also nicht nur die Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Arbeitnehmer weit hinter den Entwicklungen der Wirtschaftsleistung zurückgeblieben, sondern auch die Bruttoeinkommen. Gemessen an der Entwicklung des BIP nahmen diese Bruttoeinkommen nur um 74 Prozent zu, die Nettoeinkommen sogar nur um 57 Prozent. Dagegen sind die Geldvermögensbestände und mit ihnen die Zinserträge von 1950 bis 2000 fünf bzw. sechs Mal so rasch angestiegen wie das BIP und neun bzw. zehn Mal so rasch wie die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer!

Welche Folgen hat diese Überentwicklung?

Auf Grund der unterschiedlichen Entwicklungen der realwirtschaftlichen und monetären Größen, kommt es bei der Verteilung der Einkommen zu einer zunehmenden Diskrepanz zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen. Diese Einkommensverschiebung wird durch die Konzentration der Vermögen und Zinseinkommen bei einer Minderheit noch verstärkt. So verfügt nach offiziellen Erhebungen die ärmere Bevölkerungshälfte nur über vier Prozent der Geldvermögen, die reichere über 96 Prozent. Und auch bei dieser reicheren Hälfte konzentriert sich das Vermögen überwiegend beim letzten Zehntel. Mit dieser Verteilung erklären sich auch die wachsenden Diskrepanzen zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass das Kapital, und hier vor allem das Geldkapital, bei der Verteilung immer den Erstzugriff hat. Seine Ansprüche, resultierend aus Geldvermögen bzw. Schulden mal Zinssatz, sind nicht nur vorab vertraglich festgelegt, sie nehmen, bedingt durch den Automatismus des Zins- und Zinseszins-effekts, auch noch von Jahr zu Jahr zu. Und diese Ansprüche sind unausweichlich einzuhalten, unabhängig davon, ob die Wirtschaft ausreichend, unzureichend oder überhaupt gewachsen ist. Das heißt, je geringer das Wachstum der Wirtschaft, umso dramatischer wirken sich die Folgen der festliegenden und sogar weiter wachsenden Ansprüche des Geldkapitals aus.

Auf Grund dieser Vorrangstellung des Geldkapitals bleiben für die Unternehmen, vor allem die verschuldeten, nur Einsparungen im Lohnbereich oder Rückstellungen von Investitionen übrig. Bei- des führt zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und damit einem weiteren Rückgang der Kaufkraft, der die Folgen des Konjunkturbrechens wiederum verstärkt. Auch die konjunkturfördernden Möglichkeiten des Staates schwinden mit sinkenden Steuereinnahmen, vor allem wenn der Staat bereits in der Schuldenfalle steckt. Statt die Wirtschaftstätigkeit zu beleben, weicht er darum ebenfalls in Investitions- und Personalreduzierungen aus.

Der Präsident der Landeszentralbank Niedersachsen, Prof. Hel-

mut Kotz, hat dieses Verteilungs-Dilemma in seiner Neujahrsansprache 2001 einmal so umschrieben:

«In der unvollständigen Welt, in der wir leben,...ist Arbeitslosigkeit der Mechanismus, der die Ansprüche von Lohn- und Kapitaleinkommensbeziehern, die in der Summe bisweilen höher als die Wertschöpfung sind, in Übereinstimmung bringt.... Nur dann, wenn der Reallohn, der von den Arbeitnehmern gefordert wird, zu der Mindestkapitalverzinsung passt,...wird auch die Inflationsrate stabil bleiben»

Das heißt: Wenn das Wachstum der Wirtschaft nicht mit jenem des Kapitals Schritt hält, müssen die steigenden Kapitalansprüche entweder mit Arbeitslosigkeit und damit sinkenden Lohnkosten, oder mit Inflation ausgeglichen werden. Das aber heißt auch, dass unter den heutigen Bedingungen Vollbeschäftigung und Kaufkraftstabilität nur durch ein Wirtschaftswachstum in den Griff zu bekommen ist, das mindestens so hoch sein muss wie die von Jahr zu Jahr exponentiell wachsenden Ansprüche des Kapitals!

Es ist verständlich, dass sich unter diesen Gegebenheiten die Parteien, Politiker und Verbände in dem Ruf nach Wachstum nicht nur einig sind, sondern sich förmlich überbieten. Vor dem Hintergrund der sozialen Folgen traut sich auch kaum noch ein Politiker das Thema Umwelt in den Mund zu nehmen oder gar solche Ökosteuern vorzuschlagen, die den Verbrauch tatsächlich drosseln und die Umwelt entlasten würden.

Was ist zu tun?

Da eine Anpassung des Wirtschaftswachstums an das Tempo der explosiven Zunahmen im Monetärbereich undenkbar ist, bleibt nur die Anpassung dieses Bereichs an die Gegebenheiten in der Realwirtschaft. Das heißt konkret: Nur wenn die Zinssätze und damit die Wachstumsraten der Geldvermögen/Schulden auf die Wachstumsraten der Wirtschaft absinken, könnte die weitere Zunahme der Verteilungsspannungen verhindert werden. Und zu einer wirklichen Entspannung der Situation, die neben dem sozialen Frieden auch jenen mit der Natur einschließt, könnte es dauerhaft nur kom-

aktueller Literaturhinweis:

- Stefan Brunnhuber & Harald Klimenta: **Wie wir wirtschaften werden - Szenarien und Gestaltungsmöglichkeiten für zukunftsfähige Finanzmärkte** (Ueberreuther, Frankfurt / Wien 2003, 288 S., 19.50 Euro).

Die Spaltung der Welt in arm und reich, Konzentrationsprozesse, Internationalisierung und Umweltbelastungen nehmen immer mehr zu - unsere Wohlstandsmodelle werden auf Dauer ökonomisch, ökologisch und sozial nicht haltbar sein. Neben demographischen Faktoren und technologischen Innovationen hat vor allem die Architektur unserer Finanzmärkte einen starken Einfluss auf diese globalen Entwicklungen.

Was würde passieren, wenn wir eine andere Geld- und Finanzarchitektur hätten? Welche Lösungsvorschläge tauchen auf, wenn wir die Möglichkeiten eines veränderten Geld- und Finanzsystems in Betracht ziehen? Diesen Fragen widmet sich eine internationale und interdisziplinär besetzte Expertengruppe im ersten Bericht der Europäischen Akademie der Wissenschaft und Künste. In ihrem Buch „Wie wir wirtschaften werden“ zeigen die Autoren, anknüpfend an den Bericht an den Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“, wie die Architektur der internationalen Finanzmärkte den Globalisierungsprozess beeinflusst. Ihr Ansatz: Geld und Geldwirtschaft sind keine Naturkonstanten, sondern beruhen auf Konventionen, die auch verändert werden können - und müssen, wenn künftig bald acht Milliarden Menschen die Erde bevölkern.

Unsere Geld- und Finanzsysteme können als wichtige Hebel zur Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung fungieren; allerdings nur, wenn wir ihnen die notwendige Beachtung schenken. Die Autoren unter Federführung von Stefan Brunnhuber und Harald Klimenta liefern mit ihrem Buch einen wichtigen Beitrag zur Nach-

men, wenn alle vorgenannten Wachstums- und Anspruchsentwicklungen gemeinsam gegen Null tendieren. Das zumindest in den Industrienationen, die heute ihren Abstand zur übrigen Welt immer noch vergrößern.

Sowohl bei den Bündnis-für-Arbeit-Runden als auch den Tarifverhandlungen müsste sich also, neben Arbeitnehmern, Arbeitgebern und dem Staat, im Grunde auch das Geldkapital verpflichten, seine Ansprüche an der Entwicklung des Sozialprodukts auszurichten. Dieser Effekt würde sich im übrigen automatisch ergeben, wenn der Knappheitsgewinn des Geldes, der Zins, genauso mit den Sättigungsentwicklungen in einer Wirtschaft gegen Null sinken würde, wie das bei den Knappheitsgewinnen auf den Gütermärkten der Fall ist. Und zustande käme dieser Effekt, wenn man die heutige Möglichkeit des Geldes, sich bei Sättigungsentwicklungen von den Kapitalmärkten zurück zu ziehen und über diese künstliche Verknappung den Zins marktwidrig hoch zu halten, unterbinden würde. Das wiederum wäre durch eine Umlaufsicherung möglich, die den regelmäßigen Kreislauf des Geldes von der Zins- und Inflationshöhe unabhängig macht.

Dass eine solche Überwindung der heutigen problematischen Umverteilungsfolgen und des Wachstumswangs enorme positive Folgen haben dürfte, bedarf sicher keiner näheren Erläuterungen. John Maynard Keynes hat bereits in den 30er Jahren in seiner „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ darauf hingewiesen, dass eine solche Umlaufsicherung, von ihm als «Durchhaltekosten auf das Geld» (carrying costs) bezeichnet, «zum sanften Tod des Rentiers» führen würde und der vernünftigste Weg sei, «um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus loszuwerden». Ohne diese angesprochene Steuerungskorrektur in unserem Geldsystem verbleibt uns nur die Alternative, entweder mit mehr Wachstum den ökologischen Kollaps zu beschleunigen oder mit weniger Wachstum den sozialen. Mit dieser Korrektur dagegen würde sich nicht nur die Politik aus dieser fatalen Zwickmühle befreien können, sondern es würde auch das Gespenst der klassischen Deflationen endgültig verschwinden, ebenso wie die Problematik der Kreislaufstörungen, die sich heute aus einer sättigungsbedingten Deflation ergeben.

haltigkeitsdebatte und bieten vor allem eine optimistische Perspektive für die Zukunft.

Auszug aus dem Inhalt: - Das Geld- und Finanzsystem der Gegenwart: Wechselwirkungen mit der Realwirtschaft

- Kann eine Finanzarchitektur „zukunftsfähig“ sein?
- Wie wir wirtschaften werden - Szenarien und Perspektiven
- Gestaltungsmöglichkeiten auf den Finanzmärkten
- Weltweite Öffnung und ihre Auswirkungen

Die Autoren:

- Dr. med. Dr. phil. Stefan Brunnhuber ist Arzt, Psychiater und Wirtschaftssoziologe. Er lehrt an den Universitäten Würzburg und Budapest und ist Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaft und Künste (EASA) sowie im Austrian Chapter des Club of Rome.

- Dr. rer. nat. Harald Klimenta, Volkswirtschaftler und Physiker, arbeitet als Publizist und Referent u.a. für Attac. Er ist Autor von „12 Illusionen aus der Finanzwelt“ und Koautor des Taschenbuchbestsellers „Die 10 Globalisierungslügen“. Die Autoren und Mitglieder der Arbeitsgruppe stehen auch als Referenten zur Verfügung.

- Helmut Creutz, **Das Geld-Syndrom, Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft**, Hackbarth, 2003

- Bernhard A. Lietaer, **Das Geld der Zukunft**, Über die destruktive Wirkung des existierenden Geldsystems und die Entwicklung von Komplementärwährungen, Riemann Verlag, One Earth Spirit, 1999

Die Gläubiger entmachten, Bei uns Rürup und Herzog, im Süden die IWF-Programme, Elmar Altwater, Impulsreferat zum Attac Ratschlag in Aachen, 17.10.03 [<http://www.attac.de/rundbriefe/Altwater2.rtf>]